

Calmer Tagblatt

Nr. 200.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Pfg. Restamt 2. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 9.

Samstag, den 28. August 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mt. 12.00 vierteljährlich, Postbezugspreis Mt. 12.00 mit Postgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Der Krieg zwischen Rußland und Polen.

Der polnische Heeresbericht.

Kopenhagen, 27. Aug. Nach einem Telegramm aus Warschau meldet der polnische Heeresbericht vom 26. August: Der Rest der 4. Sowjetarmee hat sich nach heftigen Kämpfen einen Weg durch Chorzele in der Richtung auf Kolnow, das von unserer 4. Division gehalten wird, gebahnt. An der Zentralfront haben unsere Truppen Rowno, Stawista und Knyazin eingenommen. Dabei wurden die 14. und 15. Sowjetarmee umringt. Der von allen Seiten bedrängte Feind zieht sich zusammen und versucht, den Ring zu durchbrechen. Unsere 1. Legionärdivision, die am morgen des 22. August Białyсток erreicht hatte, mußte noch 20 Stunden in den Straßen der Stadt mit der 55. Sowjetdivision kämpfen, die jedoch aus Grodno eingetroffen war. Bei Swirz südöstlich vom Dammberg wurde eine bolschewistische Brigade vernichtet. An Sereth haben wir einen bolschewistischen Propagandaeisenbahnzug mit Literatur in tschechischer und ungarischer Sprache und mit Instruktionen für die lokalen Sowjets und Ungarn abgefangen.

Russische Kampfschloffenheit.

Paris, 27. Aug. Nach einer Radiomeldung aus London soll der Oberbefehlshaber der russischen Armee Suchatschewsky einem Korrespondenten des „Daily Herald“ erklärt haben, in 10 Tagen werde die Rote Armee stärker sein denn je. Man sei entschlossen, die Revolution um jeden Preis zu verteidigen. Basel, 27. Aug. Wie der „Daily Herald“ meldet, sind 20 russische Divisionen aus dem Gouvernement Moskau, Smolensk, Tula und Orel an die Front abgerückt.

Der deutsche Lagebericht.

(W.B.) Königsberg i. Pr., 27. Aug. Der polnische Nordflügel ist nicht weiter über die Linie Krajewo—Ossowiec vorgerückt. Die Umgruppierung der zwischen dem Bug und der deutschen Grenze stehenden polnischen Verbände ist im Gange. Ein Grenzübertritt ist nicht mehr erfolgt. Bei Białyсток fanden gestern abend heftige Kämpfe statt. Westlich von Lemberg wird auf dem Westufer des Bug gekämpft.

Fortbestehende Friedensbereitschaft der Polen.

(W.B.) Warschau, 28. Aug. (Durch Funkpruch.) Mit Rücksicht auf die noch immer gestörte Fernverbindung mit der polnischen Abordnung in Winsk telegraphierte der Minister des Auswärtigen an den Unterstaatssekretär Domhali, er möge nach Brest-Litowsk kommen, wo er Mitglieder der polnischen Regierung treffen werde, um diesen über die Verhandlungen vorzutragen zu halten. Während seiner Abwesenheit in Winsk soll er, von dem Unterstaatssekretär Problewski vertreten werden. — Die polnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Der Sieg der polnischen Armeen ändert nichts an der Haltung der polnischen Regierung in der Friedensfrage. Der Entschluß der polnischen Regierung, eine gerechte Lösung des Zwistes mit der bolschewistischen Regierung herbeizuführen, könne niemals erschüttert werden. Wir führen keinen Krieg gegen die russische Nation und haben es nie getan. Wir wünschen keineswegs, uns fremdes Land anzuueignen. Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß freundschaftliche Beziehungen zur russischen Nation eine Grundlage für einen dauernden Frieden Osteuropas sind. Unsere Friedensbemühungen müssen aber vergeblich bleiben, wenn die Verbindung der polnischen Regierung mit ihrer Abordnung in Winsk durch technische Schwierigkeiten des Fernverkehrs und der Kurierverbindung gestört wird. Die polnische Regierung muß verlangen, daß alle Schwierigkeiten der Verständigung mit ihrer Abordnung in Winsk ohne Verzug behoben werden; denn allein eine direkte und regelmäßige Verbindung mit unserer Abordnung vermag Bedingungen zu schaffen, die zu einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen führen.

Der Berliner Sowjetvertreter über die Friedensausichten.

* Berlin, 28. August. Mit dem Sowjetvertreter in Berlin, Bigdor Kopp, hatte ein Mitarbeiter des „Berl. Tagbl.“ eine Unterredung. Herr Kopp soll dabei gesagt haben: Wir werden, wenn uns Polen hinlängliche Garantien für die Innehaltung des Friedens gibt, die von den Engländern vorgeschlagene Grenzlinie zugunsten der Polen weit nach Osten verschieben. Im Zusammenhang mit der polnischen Frage wird sich von selbst auch die deutsche und die Ententefrage regeln, so daß wir bei einem günstigen Abschluß der Winsker Verhandlungen auf einen baldigen allgemeinen Frieden mit den westeuropäischen Staaten rechnen können. Ich hoffe, daß wir

in Winsk alles erreichen werden, was für einen Frieden nötig ist, damit die tatsächlichen wirtschaftlichen Beziehungen, die wir bereits zu Deutschland pflegen, auf eine formelle Grundlage gestellt werden.

Für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Rußland und England.

Paris, 27. Aug. Der „Humanite“ wird aus London berichtet, Kamenev habe gestern nachmittags Balfour die Antwort Tschitscherins auf seine Note überreicht. In dem Begleitbrief habe Kamenev die Hoffnung ausgedrückt, die englische Regierung werde angesichts des Inhaltes der Antwort zugestehen müssen, daß nunmehr kein Hindernis mehr bestehe, die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit England und Rußland wieder aufzunehmen.

Frankreichs Einfluß auf die Polen.

Berlin, 27. Aug. Die Erklärung der polnischen Regierung, daß es nicht ihre Absicht sei, die erfolgreiche Offensive über die ethnographischen Grenzen Polens fortzusetzen, wurde in Paris mit der größten Befriedigung aufgenommen. Sie läßt Hoffnung, daß der Friede jetzt zustande kommt, und man rechnet damit, daß die Bolschewisten den Umfang ihrer Niederlage erkennen. Den Moskauer Nachrichten, daß ein neues Heer zusammengezogen würde, mißt man keine besondere Bedeutung bei. Im Gegensatz zu dieser und verschiedenen anderen Meldungen, die von einer Friedensgeneigtheit Polens sprechen, steht eine Nachricht des „Manchester Guardian“, nach der in Warschau die Ansicht vorherrscht, daß der russische Rückzug mit großer Geschwindigkeit durchgeführt werde. Man erwartet eine baldige Gegenoffensive. In Warschau seien die nationalen Gefühle aufs höchste gespannt. Die Militärs wünschen selbstredend den Krieg. Der französische Einfluß sei kaum noch zu überschätzen und ziele auf einen Krieg bis zum „logischen Ende“ hin, d. h. bis zur Wiederherstellung des alten Rußlands mit Hilfe der polnischen Heere. Polen und Franzosen wünschten die Wiederherstellung des Mächtegleichgewichts gegenüber Deutschland. Das Ideal Dmowski ist ein großes, reaktionäres Rußland mit einem reaktionären Polen an der Spitze. Da dies auch das Ideal der französischen Regierung ist und weil die Partei Dmowski's, nämlich die Nationaldemokraten, die weltgeübteste und einflußreichste ist, so sind die Gründe, die sich einem Friedensschluß widersetzen, natürlich sehr stark.

Bermischtes.

Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

* Berlin, 27. Aug. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist auf Mittwoch den 1. September, nachm. 5 Uhr, einberufen. In dieser Sitzung soll Dr. Simons über die Lage berichten. Eine Einberufung des Reichstags vor dem 18. Oktober, wie sie von den Mehrheitssozialisten gewünscht wird, ist vorläufig nicht in Aussicht genommen.

Französische Justiz im besetzten Gebiet.

Mainz, 26. Aug. Das vom Militärpolizeigericht Wiesbaden gegen den Stadtverordneten Dr. Fresenius-Wiesbaden, der als Leiter einer Deutschnationalen Versammlung einen gegen die französischen Besatzungstruppen sprechenden Redner nicht unterbrochen hatte, ausgesprochene Urteil von 6 Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe wurde von dem Kriminal-Appellationsgericht in Mainz aufgehoben und der Stadtverordnete zu 20 Tagen Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das italienische Sozialistenorgan über Luzern.

Mailand, 26. Aug. Der „Avanti“ veröffentlicht einen in sehr heftigem Ton gehaltenen Artikel über die Konferenz von Luzern. Der Artikel sagt, das offizielle Communiqué über die Besprechungen von Luzern sei ein neuer Beweis für die Unversöhnlichkeit der imperialistischen Bourgeoisie. Es zeige von neuem den tiefen Haß dieser Herren gegen Sowjetrußland. Dieser Artikel, der nicht Redaktionsarbeit ist, aber von einem Mitarbeiter des „Avanti“ stammt, schlägt vor, die sozialistische Partei Italiens solle unverzüglich die Einberufung des Parlaments verlangen, um über die Besprechungen von Luzern zu verhandeln. Der Artikel schlägt ferner vor, daß die wirtschaftlichen und politischen Organisationen beschließen sollten, falls dieser Forderung nicht entsprochen werde, im ganzen Land den Generalstreik zu erklären mit der einmütigen Forderung der Anerkennung der Sowjetregierung und der absoluten Neutralitätserklärung seitens der italienischen Regierung im russisch-polnischen Konflikt.

Zur Lage in Oberschlesien. Verständigungsversuche zwischen Deutschen und Polen.

* Weuthe i. D., 27. Aug. Seitens des Hauptauschusses der vereinigten deutschen Parteien, der Gewerkschaften und des Plebiszitkommissariats für Deutschland ist heute nacht an Kor-

fanty eine Verständigungsnote überhandt worden. Darin wird der mit Korfanty in einer Besprechung getroffenen Vereinbarung zugestimmt. In der Verständigungsnote heißt es am Schluß: Als ersten Akt des ernstens Willens beider Teile zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen halten wir die sofortige Veröffentlichung des unter Punkt 4 vorgezeichneten Aufrufes an die Bevölkerung für notwendig. Wir sind zu der sofortigen Veröffentlichung dieses Aufrufes bereit und erwarten von Ihnen das gleiche. Sie haben unseren Vertretern versichert, daß ein Aufruf Ihrerseits den Frieden in Oberschlesien binnen 48 Stunden wiederherstellen würde. Sollten Sie daher zögern, so müssen wir daraus entnehmen, daß Sie den gegenwärtigen ungesunden Zustand billigen, und daß Sie zur Verwirklichung Ihrer Zusage nicht gewillt oder nicht in der Lage sind.

* Weuthe, 27. Aug. Der polnische Abstimmungs-Kommissar Korfanty und sämtliche polnische Organisationen erlassen einen Aufruf, in dem es heißt: Die Lage ist detar, daß durch weitere Streiks und Unruhen unsere gerechte Sache nur leiden würde. Wir rufen Euch deshalb zur Aufnahme der Arbeit auf, zumal die Gründe zum Streik nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig fordern wir auch zur Abgabe der Waffen auf. Ferner müssen alle Angriffe auf die deutsche Bevölkerung unterlassen werden, damit wieder Ruhe und Ordnung in Oberschlesien eintritt. — Die Verhandlungen über die vom Hauptauschuss der deutschen Parteien und Gewerkschaften Korfanty überreichte Note haben heute mittag begonnen.

(W.B.) Weuthe, 28. Aug. Die Verhandlungen über die an Korfanty deutscherseits gerichtete Verständigungsnote haben ihren Abschluß gefunden. Die 5 Punkte der Note sind nunmehr beiderseits angenommen worden. Die Einigungsformel wird der interalliierten Regierungs- und der Plebiszitkommission in Oppeln zur Entscheidung unterbreitet werden. Die Ueberwachung der Innehaltung der Vereinbarungen soll durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission aus 20 Mitgliedern unter dem Vorsitz eines Mitglieds der interalliierten Kommission erfolgen.

(W.B.) Weuthe, 28. Aug. Die deutschen politischen Parteien und die Gewerkschaften fordern in einem Aufruf die deutsche Bevölkerung auf, bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeiten gegen die Polen zu enthalten. — (Hoffentlich auch die Polen!)

Der Ostmarkenverein zur Lage.

Berlin, 27. Aug. Der Hauptvorstand des Deutschen Ostmarkenvereins hat in seiner Sitzung vom 25. August zu den Ereignissen in Oberschlesien und der Gewalt- und Ausplünderungspolitik der polnischen Regierung gegenüber den Deutschen in Polen in einer Entschlieung Stellung genommen, in der es heißt: In Oberschlesien hat das Polentum unter Führung Korfantys einen bewaffneten Aufstand in Szene gesetzt. Reguläres polnischer Militär ist in Oberschlesien festgestellt worden. Die Franzosen können nicht mehr ableugnen, den polnischen Aufstand und Einmarsch begünstigt, ja, die Polen sogar bewaffnet, und dadurch den Versailler Vertrag gründlich verletzt zu haben. Nach Art. 88 Anlage 3 Abs. 6 mußten Korfanty und die polnische Plebiszitkommission schon vor Monaten des Landes verwiesen werden. Das ist nicht geschehen. Da die Volksabstimmung zu Gunsten der Deutschen ausfallen wird, arbeiten die Franzosen darauf hin, das Land den Polen in die Hände zu spielen. Wir begrüßen das mannhaft und einmütige Auftreten aller deutschen Parteien Oberschlesiens. Sie sind auf dem rechten Wege. Das deutsche Volk und Reich aber sind zum Schutz der deutschen und deutsch gesinnten Bevölkerung und ihrer Interessen in den abgetretenen Gebieten und in Oberschlesien verpflichtet. Die bisherige Verhandlungspolitik der Reichsleitung hat versagt. Nur Taten, Vergeltungsmaßnahmen führen den Polen gegenüber zum Erfolg. Beschlagnahme polnischer Vermögens in Deutschland, Zwangsverwaltung polnischer wirtschaftlicher Unternehmungen und Internierungen nach polnischem Muster kommen in erster Linie in Betracht. Um mit den Schwierigkeiten in Oberschlesien zu Ende zu kommen, hat die Volksabstimmung baldmöglichst stattzufinden. Räumen die Polen Oberschlesien nicht sofort, so wäre mit weiteren wirksamen Vergeltungsmaßnahmen vorzugehen. Wir dürfen Oberschlesien nicht verlieren, wie wir durch die Tatenlosigkeit der Reichsleitung Polen im Winter 1918 verloren haben. Die Entschlieung ist dem Reichspräsidenten und den zuständigen Ministerien übermittelt worden.

Polen- und franzosenfeindliche Kundgebungen in Breslau.

Breslau, 27. Aug. Hier, wo gestern auf dem Schloßplatz eine Demonstrationsversammlung stattfand, kam es nach Schluß der Versammlung zu erregten Vorgängen. Aus Oppeln waren Gerüchte eingetroffen, daß dort bewaffnete polnische Haller-Sol-

Leinwand.
7 1/2 — 9 Uhr
per)
rt.
m. Klösch;
Gurkensalat;
i. gem. Salat.
nchef.
erbeten.
burg.
ilt der Verein bei
en II
menfein
Der Ausschuß.
angene
ein.
29. ds., nachmitt.
sthaus zur Einde.
es Stuttgart.
aften sind herzlich
Der Vorstand.
ung.
unde und Be-
a 28. August
Feier
in Hirsau
uhmachermstr.
händler
au.
iffer
adlung
en
auf
lk
lk
en.
ng
Kraft-
lagen,
r Art,
zugelassen
Biergasse
Nr. 128,
äft.

balen in Bivil angelangt und seit den Mittagsstunden mit der deutschen Bevölkerung in Kämpfe verwickelt seien. Diese Nachricht verfehlte die Menge in höchste Erregung. Nach Schluß der eigentlichen Versammlung traten noch wilde Redner auf. Beim Verlassen des Platzes machte sich die Erregung in drohenden Rufsen gegen die Polen und die Franzosen Luft. Plötzlich ertönte aus der Menge der Ruf: „Wo ist das polnische Konsulat?“ Es wird behauptet, daß der Ruf von einem polnischen Spitzel stamme. Vor dem „Monopolhotel“ am Ausgang des Platzes nahm die Menge eine drohende Haltung ein, da sie französische Offiziere in dem Hotel vermutete. Da die Vermutung nicht zutrifft, begaben sich mehrere Trupps halbwüchsiger Burschen zum polnischen Konsulat, drangen dort ein und zerstörten die Einrichtung. Die zum Schutz des Konsulats dort stationierten Beamten der Sicherheitspolizei waren dem plötzlichen Andrang der Menge nicht gewachsen. Diese zog dann zu verschiedenen anderen Hotels, in denen sie fremde Offiziere vermutete. Im „Hotel Fürstenhof“, wo die interalliierte Kommission ihren Sitz hat, schloßte das Bureaupersonal in den Garten. Infolge des schnellen Eingreifens der inzwischen herbeigeeilten Sicherheitspolizei ist es jedoch hier nicht zu Gewalttätigkeiten gekommen. Der belgische Adjutant der Kommission hat im Laufe des gestrigen Abends dem Polizeipräsidenten gegenüber seine Verurteilung darüber ausgesprochen, daß der Schutz so schnell wirksam gewesen sei und sich in den Räumen der Kommission keine Ueberriffe ereignet hätten. Leider war jedoch inzwischen derselbe Haufe zum französischen Konsulat gelangt, wo sich ebenfalls die dauernd hier aufgestellte Sicherheitswache dem plötzlichen Andrang gegenüber als zu schwach erwies. Die Räume wurden zerstört und die Akten auf die Straße geworfen. Der starken, zum Schutz des französischen Konsulats inzwischen entandenen Truppe gelang es jedoch, den Geheimischart des französischen Konsulats vor der Zerstörung zu bewahren. Der weitere Schutz des Konsulats wurde hinreichend sichergestellt. Im Anschluß an diese Vorgänge haben sich dann leider in den Abendstunden noch weitere Störungen ereignet, die zum Teil einen ausgesprochen antisemitischen Charakter annahmen. Unkontrollierbare Elemente haben in der Antonienstraße das Blatt'sche Hotel, in dem vorwiegend Ostjuden zu verkehren pflegen, bedroht, doch ist es zu wirklichen Störungen nicht gekommen, wohl aber in der Bohrauer Straße 47, wo das Warenhaus von Herzfeld geplündert wurde. Auch die französische Automobilzentrale in der Gubenstraße ist im Laufe des Abends erbrochen worden. Es sind Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und die Ordnung in der Stadt wieder herzustellen und zu sichern.

Stellungnahme der Arbeiter zur Aussperrung.

Die Erklärung des Generalstreiks.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Aug. Die gespannte Lage, die die Schließung der großen Industriebetriebe wegen Steuerverweigerung der Arbeitnehmer hervorrief, hat sich nun geklärt. In einer Vollversammlung der Betriebsräte in der Kollshubbahn wurde mit einer überwiegenden Mehrheit der Eintritt in den sofortigen verschärften Generalstreik beschlossen. Die Art und Weise, wie dieser Beschluß zustande kam, ist aber beachtenswert. Es wurden weder die Ausweise der Anwesenden geprüft noch eine Einzelabstimmung vorgenommen. Die kommunistischen Sprecher riefen die gegen 3000 Versammelten zu dem unheilvollen Beschluß hin. Am Vormittag noch hatte eine Betriebsversammlung von den Arbeitern von Bosch beschlossen, den Streik abzulehnen und sich den Steuerabzug gefallen zu lassen. Auch in einer Versammlung der Daimlerarbeiter hatte eine ähnliche Stimmung geherrscht, bis die kommunistischen Führer Hörnle und Kück die Leute umstimmten. Auch die Betriebsräte, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, hatten am Donnerstagabend den Generalstreik abgelehnt. Am Freitag nachmittag wurden alle diese guten Vorsätze in der Kollshubbahn zunichte; denn die Radikalen verstanden es, den Streikpunkt auf das politische Gebiet zu verschieben. Nicht der Steuerabzug, sondern der Kampf gegen die „kapitalistische Regierung“ wurde in den Vordergrund geschoben. Die Kommunisten versuchten die Situation auszunutzen und die U.S.P. und M.S.P. auf die Seite zu schieben. Angeblich sollen 1450 Stimmen für den Streik und nur 50 gegen diesen gewesen sein. Es wurde dann davon gesprochen, daß eine Abordnung zur Regierung gehen soll mit folgenden Forderungen: Zurückziehung der Truppen, Wiederanstellung der 16 000 Entlassenen und Bezahlung des Ausfalls der Arbeitstage. Es wurde ein Aktionsausschuß von 21 Mitgliedern eingesetzt. Obwohl der Generalstreik mit sofortiger Wirkung erklärt wurde, hat er am Freitag eine äußere Wirkung überhaupt nicht gehabt. Das öffentliche Leben ging seine geordnete Bahn. Zu Zwischenfällen ist es in Göggingen nirgends gekommen. Die christlichen Gewerkschaften erklärten sich am Streik nicht zu beteiligen. Eisenbahn und Post wollen sich auch nicht beteiligen. — In Eßlingen dauerte der am Donnerstag dort erklärte Streik am Freitag weiter an, ohne daß es zu Zwischenfällen kam. — In Ravensburg hat die Arbeiterschaft einen Beschluß gefaßt, der dem der Betriebsräteversammlung in Stuttgart entspricht. — In Schramberg tagten die Betriebsräte und Arbeitgebervertreter und erklärten sich mit dem Steuerabzug einverstanden, wünschten aber von der württemberg. Regierung, daß sie bei der Reichsregierung um Ermäßigung des Steuerabzugs und Heraussetzung des Existenzminimums vorstellig werde. In einer weiteren Arbeiterversammlung in Schramberg wurde diese Stellungnahme mit 2100 gegen 1400 Stimmen gutgeheißen. — Das Elektrizitätswert in Bietigheim ist stillgelegt. Technische Nothilfe hat eingesetzt. Der morgige Samstag wird erst zeigen, wie der Streik durchgeführt wird. Die innere Gespaltenheit der Arbeiterschaft ergibt sich aus den angeführten Beschüssen. So ist zu hoffen, daß die vernünftigen Arbeiter noch erkennen, daß der Streik um den Steuerabzug ein Vergehen am Staat und Reich ist, das eben die Steuermittel braucht. Ein Nachgeben der Regierung in dieser Frage ist wohl nicht zu erwarten.

(S.C.B.) Eßlingen, 26. Aug. Die Betriebsräte der hiesigen Industrie beschloßen am Donnerstag mit allen gegen etwa 10 Stimmen den sofortigen Eintritt in den Generalstreik ohne

Rücksicht auf lebenswichtige Betriebe. Mittags 12 Uhr wurde der elektrische Strom abgestellt, was die Einstellung des Straßenbahnverkehrs zur Folge hatte. Am Freitag wurde in allen industriellen Betrieben gestreikt. Vormittags fand auf dem Marktplatz eine Massenversammlung statt, bei der der Führer Ohnsmann vom Balkon des Rathauses herab sprach. Zeitweise wurde auch noch elektrischer Strom abgegeben. U. „Volkstztg.“ fielen in der Nacht zum Freitag außerhalb der Stadt eine Anzahl Schiffe. Auf einem Fenstergesimse der Druckerei der „Eßlinger Zeitung“ wurde von Unbekannten eine Sprengladung zur Explosion gebracht. Der Fensterladen und die Scheiben wurden demoliert.

(S.C.B.) Eßlingen, 27. Aug. Die Maschinenfabrik Eßlingen gibt bekannt: Die Arbeitnehmer unseres Werkes Electror. C. a. n. s. t. a. k. t. sind heute zur Unterstützung der auf gewaltsame Verhinderung des Steuerabzugs gerichteten Bestrebungen unserer Mettinger Belegschaft in den Streik getreten und haben damit das Dienstverhältnis ihrerseits gelöst. Wir betrachten sie von heute ab als ausgetreten. Der fällige Lohn und Gehalt sowie die Austrittspapiere werden baldmöglichst durch die Post zugesandt werden.

(S.C.B.) Untertürkheim, 26. Aug. Die Direktion der Daimler Motoren-Gesellschaft erklärt folgende Erklärung: „An unsere Arbeitnehmer! Unsere Arbeitnehmer haben durch Drohung mit Gewalt die Durchführung des gesetzlichen Steuerabzugs verhindert und die Rückerstattung abgegebener Steuerbeträge erzwungen. Auch die Bemühungen von Vertretern der Regierung, unsere Arbeitnehmer zu einer Aenderung ihrer Haltung zu bestimmen, sind erfolglos geblieben. Die württembergische Staatsregierung hat uns deswegen zur Schließung des Betriebs aufgefordert. Außerdem haben unsere Arbeiter drei zum Bestand fertiggestellte Automobile zerstört und die Betriebsleitung, als sie die Entlassung zweier, an dieser Zerstörung beteiligter Arbeiter verfügte, durch Drohung mit Gewalt zur Zurücknahme dieser Entlassungen gezwungen. Infolge dieses ungesetzlichen Verhaltens unserer Arbeitnehmer ist eine geordnete Weiterführung des Betriebs unmöglich geworden. Der Betrieb ist daher von der Staatsregierung unter polizeilichen Schutz gestellt worden und liegt bis auf weiteres still. Sämtlichen Arbeitnehmern wird hiemit mit sofortiger Wirkung gekündigt. Der fällige Lohn und Gehalt sowie die Austrittspapiere werden durch die Post zugesandt.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Generalstreik.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Aug. Der deutsche Gewerkschaftsbund gibt den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Verbände (Gesamtverband der Angestellten D.V. W.B. und D.V. usw. der christlichen Gewerkschaften, Staatsangestellten) bekannt, daß der Generalstreikbeschuß der Betriebsräteversammlung vom Freitag nachmittag (Kollshubbahn) für sie nicht verbindlich ist. Beschlüsse von derartiger Tragweite können nicht von einer politisch beeinflussten Versammlung der Betriebsrätevertreter abhängig gemacht werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird am Samstag Abend im Friedrichsbau in einer allgemeinen Vertrauensleuteversammlung zur Lage, zur Steuerabzugsfrage und den Maßnahmen der Regierung und der Arbeitgeber Stellung nehmen und nach den dort gefaßten Beschlüssen seinen Mitgliedern Anweisung erteilen.

Die Christlichen Gewerkschaften und die Steuerverweigerung.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Aug. Zu der Bewegung gegen den Steuerabzug erhebt die Leitung der Christlichen Gewerkschaften die Mitglieder, sich in keiner Weise von der unbesonnenen radikal-kommunistischen Bewegung mitreißen zu lassen. Ein Streik gegen den Steuerabzug ist ein politischer und wirtschaftlicher Widerstreit. Im jetzigen Stadium der ungünstigen Wirtschaftslage kommt ein Streik vielen Unternehmen nur gelegen. Die Steuerverweigerung als Ganzes bedeutet einen Streik gegen das eigene Volk, führt zum Zusammenbruch unserer ganzen Wirtschaft und Gebwährung, nimmt dem Staat und den Gemeinden die Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben, wie auch zur Bezahlung der Angestellten und Arbeiter. Dem auf der freien gewerkschaftlichen Landeskonferenz von dem Genossen Düwll-Berlin zum Ausdruck gebrachten Standpunkt: „Wir haben uns den Teufel darum zu kümmern, ob dieser Staat erhalten bleibt oder zu Grunde geht“ kann die christlich-nationale Arbeiterschaft in keiner Weise beitreten. Das heißt das deutsche Wohnhaus niederbrennen und obdachlos werden. Düwll hat selbst ausgeführt: „Es ist wohl richtig, daß der Staat zu Grunde gehen muß, wenn die Steuern nicht bezahlt werden“. Gleichertungen steuerlicher Art können nicht auf dem Wege brutaler Gewalt in den Betrieben, sondern nur auf dem geordneten Wege der demokratischen Staatsverfassung von der Volksvertretung durchgeführt und unter Berücksichtigung der Gesamtlage durchgeführt werden. Nach den neuesten Verhandlungen und Beschlüssen der radikalen Betriebsräte steht fest, daß die Bewegung auf das politische Gebiet verschoben worden ist. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Stellung der Christlichen Gewerkschaften von selbst.

Ein Antrag der Unabhängigen auf Einberufung des Landtags.

(S.C.B.) Stuttgart, 27. Aug. Die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei richtete an den Präsidenten des Württ. Landtags folgendes Schreiben: Die derzeitige Situation, insbesondere die seitens der württ. Staatsregierung gegen die Arbeiterschaft mehrerer Großbetriebe unternommenen Maßnahmen, veranlassen die Fraktion der U.S.P., von der Regierung die sofortige Einberufung des Landtags zu verlangen.

Die Kriegsbeschädigten und das Reichsverorgungsgesetz.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten wird uns geschrieben: Eines der letzten Gesetze, das die Nationalversammlung zur Verabschiedung gebracht hat, ist das Reichsverorgungsgesetz, das die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen regelt. Es hat jedoch, obwohl es gegenüber dem alten Versorgungsrecht erhebliche Verbesserungen bringt, nicht in allen Fällen die Zustimmung der Versorgungsberechtigten finden können. Versammlungen von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen haben sich auch in schärfster Weise gegen die nachteiligen Bestimmungen ausge-

sprochen. Auch der 2. Bundestag des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, der Mitte Mai d. J. in Würzburg stattgefunden hat, nahm zu dem Versorgungsgesetz eingehend Stellung und brachte die Forderung des Reichsbundes in einer einstimmig gefaßten Resolution zum Ausdruck. Es wird dagegen Einspruch erhoben, daß nach den §§ 63 und 64 des Gesetzes das Ruhen der Versorgungsberechtigten schon bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 5000 M in Höhe von 1 Zehntel beginnt. Diese Grenze muß als entschieden zu niedrig bemessen bezeichnet werden und bedeutet in den meisten Fällen eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Rechtszustand; denn für einen erheblichen Teil der Versorgungsberechtigten werden niedrigere Versorgungsgebührene als bisher sich dadurch ergeben. Durch die Statistik ist nachgewiesen, daß das Existenzminimum einer Familie sich zwischen 10 000 M und 15 000 M bewegt. Werden nun einem Beschädigten, der durch außerordentliche Willenskraft und Fähigkeiten noch ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen von über 5000 M erzielt, die Versorgungsgebührene gekürzt, ohne Rücksicht darauf, daß er für sich und seine Familie noch lange nicht die niedrigste Grenze des Existenzminimums erreicht hat, so müssen Kürzungsbestimmungen außerordentlich nachteilig für die Arbeitsfreudigkeit der Beschädigten wirken, deshalb ist eine erhebliche Heraushebung der Einkommensgrenze dringend notwendig. Dringend notwendig erscheint überhaupt die Prüfung, ob bei Heraushebung der Einkommensgrenze die Bestimmungen der §§ 63 und 64 nicht besser ganz in Wegfall kommen, da anzunehmen ist, daß bei Festsetzung einer neuen Einkommensgrenze, die den wirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen entsprechen würde, die Durchführung der Kürzungsbestimmungen mehr Verwaltungskosten verursacht, als durch die Kürzung der Versorgungsgebührene gespart werden kann. Es kommt noch das Bedenken der Versorgungsberechtigten hinzu, daß für die Ruhestimmungen die Veranlagung zur Einkommensteuer in Betracht kommt. Obwohl nach dem Reichsverorgungsgesetz vorgesehen ist, daß bei der Beurteilung der Erwerbsfähigkeit die Verdienstergebnisse keinen Maßstab bilden sollen, ist auf Grund der Erfahrung in der Rechtsprechung in der Sozialversicherung das grundsätzliche Bedenken der Versorgungsberechtigten gerechtfertigt, daß die Einkommensverhältnisse zu einem unsozialen Maßstabe bei der Rentenfestsetzung werden, denn bei den Nachuntersuchungen geht künstlich aus jedem Rentenakt hervor, welches Einkommen dem Versorgungsberechtigten zuzuschreiben ist. Die Beschädigten haben ein Recht, auch dann eine entsprechende Rente zu erhalten, wenn sie trotz einer Beschädigung durch Aufwand von außerordentlicher Energie in den Einkommensverhältnissen hinter anderen Erwerbstätigen nicht zurückstehen.

Große Beunruhigung hat die Schaffung einer sogen. Ausgleichszulage hervorgerufen. Ueber das Prinzip, ob die sozialen Verhältnisse, in denen die Versorgungsberechtigten vor dem Kriege gelebt haben, Berücksichtigung finden müssen, braucht man sich solange nicht zu unterhalten, als nicht für alle diejenigen, die der untersten sozialen Schicht angehören, und für die nach dem Reichsverorgungsgesetz eine soziale Ausgleichszulage nicht gewährt werden kann, daß damit das Existenzminimum erreicht wird. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Bezüge der vollständig Erwerbsunfähigen noch hinter den Gehaltsätzen weit zurückstehen, die in der Gruppe I des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 vorgegeben sind u. a. für die Soldaten der Reichswehr maßgebend sind. Der Unterschied beträgt in der Ortsklasse A über 2000 M zu Ungunsten der Kriegsbeschädigten. Der Umstand, daß die Versorgungsgebührene der Hinterbliebenen prozentual nach der Vollrente der Beschädigten bemessen werden, spricht außerdem noch gegen die Gewährung der Ausgleichszulage. Die Hinterbliebenen eines gemeinen Soldaten, die infolge der sozialen Stellung einen Anspruch auf einfache oder doppelte Ausgleichszulage nicht erheben können, werden es nicht verstehen, daß z. B. die Witwe eines Bergwerksdirektors oder eines Offiziers 50 Prozent mehr Rente erhalten, wenn ersteren nicht einmal das Existenzminimum gewährt wird. Die Voraussetzung, die für die Gewährung erfüllt sein muß, können ferner unmöglich so abgegrenzt werden, daß damit jede Gefahr einer ungerechten Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen beseitigt ist. Insbesondere wird sich eine erhebliche Belastung der Militärversorgungsgesetze und damit eine erhebliche Steigerung der Verwaltungsausgaben ergeben. Diese Ausgaben werden aber im Interesse der Versorgungsberechtigten und des Reichs besser verwendet, wenn sie gleich den Versorgungsberechtigten zufließen.

Mit Entrüstung hat der zweite Bundestag des Reichsbundes davon Kenntnis genommen, daß der § 30 des Gesetzes offen gegen den Art. 121 der Reichsverfassung verstößt. Im letzteren ist vorgesehen, daß den unehelichen Kindern durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen sind, wie für die ehelichen Kinder. Trozdem ist im Reichsverorgungsgesetz vorgesehen, daß ein Beschädigter für uneheliche Kinder nur dann Kinderzulage erhalten soll, wenn sie vor Anerkennung der Folgen der Dienstbeschädigung erzeugt worden sind. Andere nachteilige Bestimmungen, wie die über die Kapitalabfindung für Beschädigte, die Ansprüche der Kriegsgefangenen, die Ansprüche der Hinterbliebenen auf Heilbehandlung und Berufsausbildung, die Gewährung einer Rente bei schwerer Beschädigung ohne gleichzeitige Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit konnten nicht die Zustimmung der Versorgungsberechtigten und deren Organisationen finden. Das Reichsverorgungsgesetz hat in den Reihen der Kriegsbeschädigten nicht voll dazu beigetragen, die bestehende Unzufriedenheit zu beseitigen und den Willen zur Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands, der auch im Interesse des Reichs unter allen Umständen notwendig ist, neu zu beleben.

Für d
nimme

genug
mer

Zinte
vorbil
welch
zur

Hörde
fehlen
abm
zeidn
durch
Einn

Garte
zwick
läßt
Garte
Berm
an d
cher
stüde
bied
krine
des
dürft
Weiss

Für
Fern

a) für
1 Sch
b) für
5 Die
Für
ham

Ra g
genom
C

des e
hier u
Calw,
erger

R
geb.

über
Gesam
forder

sich h
bestan
könn

Bef

Se

Goll

80. M
Zimme
Barab

sch
w
1
m
stu
sel
E
sch
for
21

Volkshochschule Liebenzell. Konzert

am Dienstag, 31. August 1920, abends 7/8 Uhr
im Saal der „Linde“ in Liebenzell
unter gütiger Mitwirkung von Musikfreunden
aus Calw und Umgebung.
Chorleitung: Hauptlehrer O. Haug-Ernstmühl
und S. Richele-Calw.
Vortragsfolge: Chöre u. Kammermusik von Gluck,
Pergolesi, C. M. Weber, Schubert, Sülzer u. a.
Karten zu Mk. 4.— u. 2.50 (einschl. Steuer) in d. Buch-
handlung Bodamer-Liebenzell u. abends an d. Kasse.
Saalöffnung 7 Uhr.

Lichtspieltheater Badisch. Hof

Sonntag mittag 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr

Gewitter im Mai

nach der gleichnamigen Novelle
von dem erst vor kurzem verstorbenen Schriftsteller

Ludwig Ganghofer.

Mit Beiprogramm.

Neuen süßen Most
im Ausschank (auch über die Straße).
Schad, zur „Jungfer“.

Zurückgekehrt

Dr. Renz, Facharzt

für Orthopädie und Chirurgie
Orthopädisches und Röntgen-Institut
Pforzheim.

Gute Hosenzeuge

130 cm breit, das Meter
Mk. 45.—, 60.—, 65.—

vorm. J. Stendle,
Paul Rächle, Calw am Markt.

Achtung!

Verkauf

Dampf-Badeeinrichtung

Sehr geeignet für Kriegsinvaliden, Bäckereien usw.
als Haupt- oder Nebenbetrieb. Sehr rentabel. Anleitung
wird dazu gegeben. Der Betrieb kann heute und
morgen noch eingeschaut werden. Preisangabe
und Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

In verkaufen:

ein transportabler

Hausbackofen

3,9, diesjährige, reinraffige,
rebbühnfarbige

Staliener-Hühner,

10 Enten,

(zum zweitenmal rupfreif) u.

8 schöne, junge

Gänse.

Clement,
Klein-Wildbad
bei Liebenzell.

Stimmzheim.

Einen starken

Einspanner-

Wagen

hat zu verkaufen

Gottfried Dürr.

Etwa 50 Bund

Dachlatten

sowie 2 Stück neue

Schleifsteine,

75 cm Durchmesser, auf starkem

Holzgestell für Kraftbetrieb

verkauft

Frig Härke, Delmühle,
Stammheim.

Bohnen

verkauft jedes Quantum,

das Pfd. zu 40 Pfg.

Ehr. Stürner.

Für sofort wird ein einfach

möbliertes

Zimmer

gekauft.

Gest. Angebote unter G.

S. 5 an die Geschäftsstelle

des Blattes.

VOLKSSCHRIFTEN-VERLAG CALW.

Das Urteil der Vernunft

von

Otto Seltmann.

Versuch einer gemeinverständlichen Darstellung
über Ursprung und gesetzmässige Entwicklung
des geistigen und seelischen Lebens.

568 Seiten, geheft. 28 Mk., elegant gebund. 35 Mk. (Verkaufspreise).

Aus dem Inhalt: Das geistige und seelische Leben des
Tieres :: Die Menschwerdung :: Das menschliche
Geistes- und Seelenleben :: Das Rechtsbewusstsein
Die Religion :: Die Charakterbildung :: Massen-
psychologie und Fortpflanzungstrieb :: Psychologie des
Wirtschaftslebens :: Der soziale Gedanke :: Die
gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands :: Zur
Psychologie des Weltkrieges.

Erhältlich in den Buchhandlungen, wo nicht, direkt vom Verlag.

1000

fach erprobt ist das
Getränk aus meinen
Spezialitäten.

Ruf's Heidelbeer

mit Zutaten zu 50

Liter Mk. 21.50,

m. Süßstoff Mk. 24.50,

mit Zutaten zu 100

Liter Mk. 42.50,

mit Süßstoff Mk. 48.50,

mit Zutaten zu 150

Liter Mk. 63.75,

mit Süßstoff Mk. 72.75.

Zur Vermehrung von

Johannis- u. Stachel-

beer- und Obstmost

sehr geeignet und all-

gemein empfohlen.

Tausende Anerkennung

Ein Versuch überzeugt!

Robert Ruf, Ettlingen

Heidelbeerversandhaus

Niederlagen durch

Plakate erkenntlich, wo

keine Niederlage er-

folgt Zusendung ab

Ettlingen.

Hühneraugen

Hornhaut etc. beseitigt

dauernd

Ria-Balsam!

Lauendfach bewährt.

Viele Nachbestellungen

Preis Mk. 3.— franko.

Nur zu beziehen durch

Hofapotheke Hechingen,

(Hohenz.)

Das beste Mittel

gegen Lecksucht ist mein echter

phosphorhafter

Futterkalk Marke B.

10 Pfd. Pak. Mk. 10.— ab hier

50 Pfd. Sack Mk. 45.—

offen pro Pfd. Mk. 1.20

Verandgeschäft

Schwarzwald-Freudenstadt

Niederlage in Calw:

Frau Calmbach,

Zwinger 288.

Kaufe ständig

Fleisch

u. gefall. Vieh,

jeder Art, zu Fisch-

futterzwecken

Ankauf amtlich erlaubt.

U. Gropp, Rohrdorf

Naqob. Telefon 6.



Alle Musikinstrumente

für Haus und Orchester von
den einfachsten Schüler- bis
zu den feinsten Künstler-
Instrumenten, aller Zubehör,
Saiten u. s. w. in reicher
Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curtz,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Urke-Zenske-Baldsch-Neubrücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.

Schafwollgarne,
Herren- u. Damen-
Kleider,

Stoffe jeder Art,
färbt und reinigt waschecht
in allen Farben rasch und
billig.

Annahme bei:
K. Reisser, Pforzheim,
Schlossberg 11.

E. Reisser, Liebenzell,
Kirchstr. 182.

Kurzgefähtes, trockenes

Brennholz

in Fuhrten zu Mk. 70.—
kann sofort geliefert
werden

L. Rärcher, Sägewerk
Hirsau.

Getragene weiche
Herren-
Fitz-Hüte
werden wie neu
umgeformt
und hergerichtet.

Joh. Krefel,
Pforzheim,
Genossenschaftsstr. 11,
Telefon 3175.

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden
ist echtes

Brennholz-Haarwasser
feiner feinstes

Birken-Haarwasser
R. Otto Bincon, Calw.

Lüchtige, bei der Stadt-
und Landkundschaft gut ein-
geführte

Provisions-
Reisende

sowie Hausierer

zum Besuch der Privatkund-
schaft in chem. techn. Erzeug-
nissen gegen hohe Provision
oder feste Rechnung sofort
gekauft.

Angebote an Postfach-
fach 34, Neu-Alt, erbeten.

Metallbetten

Stahlrahmenbetten Kinder-
bett, Puffer a. jedermann.

Katalog frei, Eisenmöbel-
Fabrik Suhl i. Thüring.

Bad Liebenzell.

Sonntag, den 29. Aug. 1920
nachmittags 4 Uhr

Kurkonzert

in den Städt. Kuranlagen.

Ausgeführt von der

Stadt-Kapelle Calw.

Städt. Kurverwaltung.

Sämtliche Kleinhändler aller Geschäftszweige des Bezirks Calw werden zu einer Versammlung

auf nächsten Sonntag, 29. August
nachmittags 3 Uhr
in den Saal der Brauerei Dreiß
eingeladen.

Tagesordnung: Gründung eines Kleinhandelsbundes
im Oberamt Calw.

Der Geschäftsführer des Württ. Bund für Handel
und Gewerbe wird einen Vortrag halten über:

Die Organisation des Kleinhandels.

Der vorläufige Ausschuss

des Kleinhandelsbundes Calw.

Religiöser öffentl. Vortrag

im Saale des „Bad. Hof“, Calw,

findet erst wieder am

Sonntag, den 5. September statt.

Prediger Zimmermann.

Für Leib- und Bettwäsche

empfehle ich aus neuen Einkäufen, 80 cm
breit, weiß Baumwolluch, das Meter
Mk. 14.—, 16.—, 17.—, 18.—

Paul Rächle, vorm. J. Stendle,
Calw am Markt.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.

Annahmestelle: Nane Schätzle, Badstr.

Hauptagenturen

für Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Transport-,
Reise- und Feuer-Versicherung

Haupt- und Bezirks-Vertreter

M. Müller, Liebenzell.

Eine mit dem 3. Kalb

36 Wochen trüchtige, schwere

verkauft

J. Pörcher b. Lamm,

Speßhardt.

Jungen

Forsterrier

(Rüde), sehr dem Verkauf aus

Rich. Schulz, Friseur,

Liebenzell.

Strassenanzug,

grau, nicht getragen, kleinere

Größe, zu verkaufen. Preis

400 Mark. Anzusehen bei

Frau Buyer, Hirsau.

Unterzeichneter verkauft

wegen Platzmangel: einen

prämierten weißen

Riesen

mit 4 Jungen, einen

Riesenscheck

mit 3 Jungen, einen

Ziegenbock

(vergluppt), einen 8 Wochen

alten

Hund,

Abstammung Hühnerhund.

Seidt, Alzenberg.

Verkaufe ein

Fahrrad

(gebraucht), in tadellosem

Zustande.

W. Binder, Ernstmühl.

Calwer Jagblatt

Die Auflage unseres
Blattes ist stetig im
Wachsen, es ist dies
ein Beweis, welcher
sich daselbst bei al-
len Lesern erfreut!